

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

16. April 1968 - 31/II
Einzelpreis DM 0.75

NEUE KRISE IM SENAT: MOCH MUSS ZURÜCKTRETEN

Schwerwiegende Differenzen in der Westberliner Staatsführung: Der Polizeisenator Neubauer hat dem Polizeipräsidenten Moch seit Freitag die Führung der Polizei praktisch entzogen und sie dem Präsidenten-Stellvertreter Prill (SPD) übertragen. Der Grund: Mochs Polizeieinsatz am Gründonnerstag vor dem Springer-Hochhaus sei "zu weich" gewesen. Moch, der verlauten ließ, Neubauer sei nicht sein Brotherr, er sei vom Parlament gewählt und von den Alliierten bestätigt worden, hat, wie er telefonisch in der Nacht zum Ostermontag mitteilen ließ, seinen Rücktritt nur deshalb noch nicht vollzogen, weil sein Nachfolger Prill heißen würde. Moch wird in dieser Woche dem Abgeordnetenhaus einen Brief schreiben, in dem er um Klärung der Kompetenzen bittet. Da die Mehrheitsfraktion der SPD dann vor der Wahl steht, den SPD-Senator Neubauer oder den CDU-Polizeipräsidenten Moch zu desavouieren, steht ein Rücktritt Mochs schon heute fest: Neubauer ist entschlossen, den Fall Moch zur Vertrauensfrage zu machen.

SPD-LANDESAUSSCHUSS: SCHÜTZ AM ENDE SEINER KRAFT

Die Bemerkung des Regierenden Bürgermeisters Schütz in der SFB-Fernsehansprache, niemand solle glauben, man könne den Senat "fertigmachen", war, was Schütz selbst angeht, eher ein Nekrolog: Berichte aus der Umgebung von Schütz besagen, daß er am "Ende seiner Kraft" ist. Teilnehmer der telefonisch für den vergangenen Sonnabendnachmittag, 14 Uhr, einberufenen Sondersitzung des Westberliner SPD-Landesausschusses berichten: "Er war fertig, nervös und fahrig. Er war nicht mehr imstande, einen logisch aufgebauten Bericht zur Lage zu entwickeln."

Die Aktionen der Außerparlamentarischen Opposition haben die personellen Querelen in der SPD neu aufflammen lassen. Diesmal geht es nicht um die Konstellation "Links-Rechts". Nach dem Ausschluß beziehungsweise Austritt der Linken aus dem Landesausschuß standen sich diesmal zwei Rechts-Fraktionen gegenüber: Die gemäßigte und die extremistische. Dabei waren die Fronten völlig verkehrt. Schütz legte in seinem Bericht vor dem Landesausschuß dar, daß in Westberlin im Grunde genommen alles in Ordnung sei; sie würde nur von einer Handvoll Kommunisten und deren Sympathisanten gestört. Schütz sagte, man müsse sich vier Fragen beantworten (war aber so unkonzentriert, daß er nur zwei stellte): 1. Die APO lege es darauf an, Senat und Polizei fertigzumachen. Hält das die Polizei durch? 2. Wie reagiert die Bevölkerung auf die Aktionen der APO? Schütz-Antwort: Die Bevölkerung wird sich nicht solidarisieren. Von Rechtsaußen erhielt er Kontra: Die Kreisvorsitzenden von Spandau (Ehrke) und Wedding (Pätzold) erklärten, in Westberlin sei leider gar nichts in Ordnung, daraus müsse man Konsequenzen ziehen, endlich ein Kontrastprogramm entwickeln. Die beiden warfen dem Landesvorstand (in dem die "Maffia" der SPD noch in der Minderheit ist) Führungslosigkeit vor. Schütz vertei-

digte sich müde, verstand offenbar nicht ganz, was gemeint war. Er erklärte, Senats-Tendenz sei es, nicht "bis zur Spitze zu eskalieren", sondern sich "Spielraum" zu lassen. Die "Maffia" verdeutlichte: Man müsse nicht über mehr oder weniger Polizeieinsatz diskutieren, sondern jetzt und sofort über ein Aktionsprogramm der SPD in Westberlin debattieren - darüber hatte der Landesausschuß im März und April bereits zweimal ergebnislos gesessen. Den Aktionen der extremen Linken müsse durch ein solches Programm die Spitze abgebrochen werden, verlangte Ehrke. Nach einem heftigen Wortwechsel beschloss die SPD-Führer, sich auf Dienstagnachmittag zu vertagen. Schütz soll dann seinen Osterbericht geben. Unausgesprochener Grund der Vertagung war - neben der Unwissenheit, was geschehen solle - die Montagnachmittagskundgebung, zu der auch linke Sozialdemokraten aufgerufen hatten. Am Dienstagnachmittag will man - wenn man dazu kommt - zwei Probleme beraten: Wie der neue Landesvorstand aussehen soll und wie aus dem Glienicker Papier "eine konkrete Konzeption wird, die man den Berlinern anbieten kann" (Pätzold).

SPD-KRITIK AN DER KIRCHE: "DIESE PFAFFEN..."

Im SPD-Landesausschuß gab der Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Schulz, einer der Hauptantreiber des Ausschlußverfahrens gegen Ristock und Beck, dem weitverbreiteten Unwillen der SPD-Führungsspitze gegen die Haltung der Westberliner Kirchen, vor allem des Bischofs Scharf, Ausdruck. Der Abgeordnete erklärte, früher hätten "die Pfaffen für Thron und Altar gepredigt, heute haben sie ihren Mode-Liberalismus". Nur einer widersprach: Wissenschaftssenator Stein. Nur Unwissende, so dozierte Stein, leugneten noch, daß die Aktionen der jungen Generation auf "echte Probleme dieser Gesellschaft, die tief krank ist", gerichtet seien. Die Kirchen hätten das eben mehr verstanden als andere.

ANONYME MORDDROHUNG: GEGEN MAHLER, TEUFEL UND EXTRA-DIENST

Am Ostersonnabend, gegen 19 Uhr, klingelte in der EXTRA-Dienst-Redaktion das Telefon. Es entwickelte sich folgendes Gespräch: Anonymer Anrufer: "Ich möchte mal den Mahler sprechen." Redakteur: "Herr Mahler ist hier nicht zu erreichen. Aber kann ich ihm was ausrichten, wenn ich ihn sehe?" A: "Ja, sagen Sie dem Schweinekerl, daß er in der nächsten Woche auch dran ist. Genauso wie Dutschke." R: "Das halte ich für keinen besonders guten Witz." A: "Das ist auch kein Witz. Den machen wir fertig. Und den Teufel auch." R: "Und warum sagen Sie mir das? Wie kommen Sie auf die (Telefon-) Nummer?" A: "Na, ich hab Ihr Schweineblatt da gelesen, wo Ihr den Springer mies macht." R: "Ach deshalb hauen Sie so auf die Pauke. Sie sind bloß sauer auf uns. Wissen Sie, wenn wir jeden Drohanruf ernst nehmen, hätten wir viel zu telefonieren." A: "Das können Sie aber ernst nehmen. Das haben wir schon neulich beschlossen. Wir machen diesmal Schluß mit Euch, und diesmal sollt Ihr vorher wissen, was Euch blüht." (legt auf) - Die Westberliner Mordkommission wurde über diesen Anruf unterrichtet.

ALBERTZ: DEUTLICHE DISTANZ ZU NEUBAUER UND SPRINGER

Der ehemalige Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz erregte Aufsehen, als er auf einer Kundgebung auf dem Hammerskjöld-Platz sich deutlich von den Praktiken des Springer-Konzerns und des mehr und mehr von Innensenator Neubauer beherrschten Schutz-Senats distanzierte. Erstmals sprachen auf einer, von mehreren tausend Menschen besuchten, Kundgebung Vertreter der Außerparlamentarischen Opposition (Meschkat, Lefèvre, Nevermann) und Repräsentanten des liberalen Flügels des Establishments (Albertz, Rolf Dahrendorf, Ristock). Albertz kritisierte seine eigene Politik, aber auch die der Studenten, weil sie faschistische Gegenreaktionen zur Folge haben würde. Zu Dutschke: Er stellte ihn in eine Reihe mit King und Kennedy und bezweifelte, ob in der Tat immer Einzelgänger die allein Schuldigen seien: "Das Gift der Hetze und Gewalt macht die Mutigen müde und die Feigen stark." Der Ex-Regierende prophezeite den Zusammenbruch der etablierten Macht, wenn sie nicht einsähe, daß Polizei und Justiz mit dem Aufbegehren der jungen Generation nicht fertig werden können. Wenn die Regierenden Westberlins so weitermachen wie bisher, meinte Albertz, könnte Chruschtschow recht behalten, der die Auffassung vertreten habe, daß sich das Berlin-Problem ganz von alleine löst...

ERSTE BILANZ / VON CARL L. GUGGOMOS

Blutige Ostern sind zu Ende. Sie begannen in Westberlin mit einem sozusagen privaten Mordanschlag auf Rudi Dutschke und sie endeten mit offiziell angeordneten Polizeiüberfällen. Mehrfach wurde an diesen Ostertagen wahr, was man bisher gern ins Propaganda-Reich des "Neuen Deutschland" verwiesen hatte: Brutale Polizeiüberfälle auf friedliche Demonstranten: So geschah es am Karfreitag vor dem Rathaus Schöneberg, so am Ostersonnabend in der Meinekestraße, so in der Sonntagnacht in der Friesenstraße.

Es ist seit diesem Wochenende klar, daß es zwei Sorten von Gewalt gibt: Die von oben nach unten und die ist gut, und die von unten nach oben, und die ist verdammenswert.

Weil der Polizeipräsident Moch diese Einsicht noch nicht im gewünschten Maße hat, wird er in dieser Woche in die Wüste geschickt. Und sein Nachfolger soll jener Prill werden, der nach dem fünften Schnaps zu erklären pflegt: Wenn ich mal meine Bereitschaftspolizisten loslasse, dann melden sich die Jungs erst aus Frankfurt/Oder wieder. Es muß deutlich gesagt werden: Leute wie Prill mit der Führung der Polizei zu beauftragen - und er hat sie faktisch seit dem Abend des letzten Donnerstag - heißt, das Staatswesen Westberlin zu gefährden, ist Hochverrat aus Dummheit oder Ignoranz. Hier hört der Spaß in der Tat auf. Hier wird Widerstand zur Pflicht.

Am Freitag war noch offiziell geheuchelt worden. Schon am Sonntag aber war, beim Senat und in der Hetzpresse der Stadt, das Opfer der Schuldige. Spätestens nach der Lektüre der Sonntagszeitungen, ihrer Kommentare und ihrer Leserbriefe, mußte auch den Osterspaziergängern klar geworden sein, wie krank diese Gesellschaft der Gewalt und der Gewalttätigkeit ist, wie verabscheuungswürdig; wie recht jene haben, die ihre radikale Neugestaltung wollen.

Diese Einsicht hat sich verbreitert. An diesem Osterwochenende ist die Außerparlamentarische Opposition aus dem zu engen Anzug der nur-studentischen Protestbewegung herausgewachsen. Deshalb muß sie der staatlich organisierten Gewalt und Unmoral nun auch eigene Organisationsformen entgegensetzen. Es reicht nicht mehr aus, den anti-institutionellen Fetisch hochzuhalten und sich den Institutionen damit hilflos auszuliefern. Die Aktionskomitees der Arbeiter, Angestellten, Studenten und Schüler können den Kampf um die Verbreiterung der demokratischen Basis nur führen, wenn sie erkennen, daß anti-autoritäres Denken auch revolutionäre Disziplin einschließt. Jetzt hat die Außerparlamentarische Opposition die Chance, ihre Ideen von einer wahren Demokratie, von einer auf ständiger Kontrolle beruhenden Demokratie der Räte, an sich selbst zu überprüfen. Demonstrationen allein reichen jetzt nicht mehr aus, wie früher theoretische Diskussionen nicht ausreichten. Den Gewalten und der durch sie manipulierten Öffentlichkeit muß die organisierte permanente Aufklärung über ein fest umrissenes Aktionsprogramm gegenübergestellt werden. Schnelligkeit ist erforderlich, aber kein Übereifer. Der lange Marsch, von dem Rudi Dutschke immer sprach, ist durch die Schüsse auf ihn nicht verkürzt worden. Aber es wurde vielen deutlich, daß sie ihn mitgehen werden und müssen.

EXTRA-REPORT

UNVOLLSTÄNDIGE CHRONIK / VON MARTIN BUCHHOLZ UND HANNES SCHWENGER

GRÜNDONNERSTAG, VOR DEM SDS-ZENTRUM

Während Rudi Dutschke auf einer Bank am Kurfürstendamm schwerverletzt und blutüberströmt auf seinen Abtransport wartete, sammelten sich um ihn Passanten, die das Ereignis kommentierten. Eine ältere Frau: "Ach, das ist ja der Dutschke. Sieh mal an, wenn's ans Sterben geht, ruft auch der nach Vater und Mutter." Ein junger Mann: "Man brauchte ja nicht gleich zu schießen, aber daß der mal einen Denkmittel abgekriegt hat, ist ganz gut." Die Polizei vertrieb die Umstehenden erst, als auch Studenten vom nahen SDS-Zentrum hinzukamen. Zu dieser Zeit dachte kein einziger Beamter an Spurensicherung, die Neugierigen traten in den Blutlachen herum. Zeugen, die sich Journalisten gegenüber brüsteten, den ganzen Vorfall mitangesehen zu haben, ließ die Polizei laufen, obwohl sie von den Reportern auf sie aufmerksam gemacht wurde.

KARFREITAG NACHMITTAG, RATHAUS SCHÖNEBERG

Als Dr. Ekkehart Krippendorff bei der Karfreitags-Demonstration am Rathaus die Resolution der Außerparlamentarischen Opposition (siehe Dokumentation) verlesen wollte, um die Kundgebung so zu einem Abschluß zu bringen, erspähte ihn Westberlins Vizepolizeipräsident Hans-Joachim Prill vor der Rathautreppe aus, lief zu einem links von ihm postierten Lautsprecherwagen und ordnete an, durch eine erneute Durchsage die Megaphon-Rede Krippendorffs zu übertönen. Gleich darauf gab er einem Offizier folgende Order: "Das ist der Krippendorff! Fangt ihn weg! Fangt ihn weg!" Zwei Journalisten in seiner Nähe, der FDP-Redakteur Robert Nüsse ("Freies Wort") und EXTRA-Dienst-Redakteur Martin Buchholz, die diesen Befehl mitangehört hatten, wandten sich daraufhin an Prill und erklärten ihm, daß die Reaktion der Polizei als Provokation der Demonstranten verstanden werden müßte. Krippendorffs Rede hätte bestimmt für eine Beruhigung der Situation gesorgt. Außerdem machten sie Prill darauf aufmerksam, daß sie seine Worte gehört hätten und sie in ihren Berichten erwähnen würden. Prills Reaktion: "Bittesehr, wollnse nich auch noch ein Bild von mir?" Dann wurde er handgreiflich und schubste die Journalisten an den Schultern weg. "Unterhalten Sie sich doch mit sich selbst." Auf den Protest der Reporter beorderte er Polizisten herbei und befahl, sofort die Personalien "dieser Burschen" aufzunehmen.

FREITAGNACHMITTAG, VOR DEM RIAS

Etwa 200 Menschen hatten sich, vom Rathaus kommend, vor dem RIAS versammelt. Die Polizei war noch nicht massiv aufmarschiert, nur zwei Polizisten standen vor dem Eingang. Dr. Krippendorff forderte wiederholt durchs Megaphon und über den bereitstehenden Lautsprecherwagen auf, keine Gewalt anzuwenden. Als eine dünne Polizeikette von etwa 30 Mann aufzog, wiederholte er: "An die Polizei! Wir wollen uns hier friedlich zu einer Diskussion versammeln und gegen nichts und niemanden Gewalt anwenden, auch nicht gegen Sachen. Wir wollen nur unser demokratisches Recht zur Demonstration wahrnehmen. Lassen Sie uns in Ruhe, lassen Sie die Kommilitonen und Demonstranten durch. Wir bitten den Einsatzleiter der Polizei hierher, wir wollen mit ihm verhandeln." Als die Polizei nicht reagierte, ging Krippendorff allein hinüber und verhandelte mit dem Einsatzleiter. Er kam zurück, erneute Durchsage: "Der Einsatzleiter der Polizei ist bereit, die Kommilitonen durchzulassen, wenn wir als Zeichen unserer Bereitschaft die Treppe räumen." Das geschah; Krippendorff forderte die Polizei nun auf, Platz zu machen. Stattdessen stürmte in diesem Moment die Polizei mit Schlagstockeinsatz und Unterstützung durch den inzwischen eingetroffenen Wasserwerfer auf die Demonstranten los. Erst jetzt flogen Steine, ein RIAS-Fenster splitterte. Sprechchöre: "Lügner, Lügner". Ein uniformierter Greiftrupp stürzte auf eine vereinzelt Gruppe von etwa 10 Demonstranten zu und begann zu prügeln. Krippendorff versuchte, durch die Polizeikette zum Einsatzleiter zu gelangen. Er wurde bedroht und mußte zurückrennen. Mit dem Wasserwerfer wurde er gejagt. "Bild" am nächsten Tag: "Randalierer versuchten, den RIAS zu stürmen".

KARFREITAGABEND, TECHNISCHE UNIVERSITÄT

Der Historiker Martin Barth machte während der Diskussion in der TU den mit starkem Beifall aufgenommenen Vorschlag, daß christliche Teilnehmer von Demonstrationen mit Kruzifixen gegen Polizeiketten und Wasserwerfer vorgehen sollten, um den Beamten das Zusammenschlagen und "Zerspritzen" von Demonstranten moralisch zu erschweren. Außerdem schlug er vor, vor den Privatwohnungen prominenter Springer-Schreiber, so Matthias Walden und Bernd Nellessen, Dauerwachen zu postieren und auf Schildern die "Schreibtischmörder" bei Springer auch für die Nachbarn und Passanten zu entlarven.

KARFREITAGNACHT, IM RATHAUS SCHÖNEBERG

Dr. Krippendorff telefonierte mit dem Regierenden Bürgermeister Schütz. Er nahm Bezug auf die Bereitschaftserklärung von Schütz, "mit jedermann zu sprechen". Also auch mit einer Delegation der Außerparlamentarischen Opposition? Schütz sagte zu. Die in Permanenz tagende Vollversammlung der APO im Audimax der TU wählte eine Delega-

tion, der RC-Vorsitzender Meschkat, Krippendorff, Rechtsanwalt Mahler, Lefèvre und Semler vom SDS und Barth als Vertreter der christlichen Opposition angehören. Die Delegation hatte den Auftrag, dem Regierenden Bürgermeister drei Forderungen zu übermitteln:

1. Der Senat soll sofort eine Gesetzesvorlage zur Enteignung Springers und zu einer demokratischen Neuordnung der Westberliner Presse im Abgeordnetenhaus beibringen.
2. Die Westberliner Rundfunksender sollen einer öffentlichen Kontrolle durch Vertreter aller demokratischen Gruppen einschließlich der Außerparlamentarischen Opposition unterworfen werden. Der APO ist bis zum 1. Mai täglich eine Stunde Sendezeit einzuräumen.
3. Der Regierende Bürgermeister wird aufgefordert, mit Mitgliedern der Außerparlamentarischen Opposition vor Arbeitern in einem Westberliner Großbetrieb über die wirtschaftliche Lage Westberlins, insbesondere über die bevorstehenden Mieterhöhungen, zu diskutieren.

Der Delegation wurde ferner aufgegeben, die Verhandlung mit Schütz auf ein Tonband aufzuzeichnen, um die Bevölkerung "authentisch über den Standpunkt des Senats zu diesen lebenswichtigen Fragen informieren zu können".

Als die Delegation bei Schütz eintraf, erklärte ein Referent "kein Tonband". Schütz reichte den APO-Vertretern hastig die Hand und wollte mit einer Erklärung beginnen. Ein Vertreter der Opposition bat, das Tonband anschließen zu dürfen. Schütz: "Dann brauchen wir nicht zu verhandeln. Raus, raus!" Als die Vertreter der Außerparlamentarischen Opposition versuchten weiterzureden, schrie Schütz: "Raus, raus, ich werde doch noch von meinem Hausrecht Gebrauch machen dürfen. Verlassen Sie sofort den Raum. Raus, raus!"

Schütz am nächsten Tag vor dem Landesausschuß der SPD: "Das Durchschnittsalter der Delegation war 31. Das sind doch keine Studenten." Später bei dieser Sitzung: "Ich wollte die Herren fragen, ob sie 1. aufhören wollen, zur Gewalt aufzurufen und ob sie 2. mit einem 'Mörder' verhandeln wollen - so wurde ich bezeichnet." Schütz äußerte ferner die Ansicht, "mit diesen Leuten kann man nicht verhandeln, wir müssen jetzt mit den Oberstülern sprechen".

KARSAMSTAG, VERKEHRSRUHE IN DER CITY

Innensenator Neubauer lehnte die Bitte der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, am Karsamstag für 5 Minuten als Demonstration für den Frieden in Vietnam den Verkehr ruhen zu lassen, in einem Brief ab. Die Begründung: "Der Senat kann dem in Ihrem Schreiben vom 8. April 1968 geäußerten Vorschlag, eine Verkehrsrue anzuordnen, nicht entsprechen. Dem Senat steht für eine solche Anordnung keine Rechtsgrundlage zur Verfügung. Der Senat könnte lediglich die Öffentlichkeit aufrufen, sich freiwillig an einer Verkehrsrue zu beteiligen. Dieses Recht steht in unserer Demokratie nicht nur dem Senat, sondern jedermann zu. Daher steht es Ihnen frei, einen solchen Aufruf selbst zu verbreiten... Dem Senat ist aus Presseveröffentlichungen bekannt geworden, daß Pläne bestehen sollen, wichtige Verkehrskreuzungen in unserer Stadt zu blockieren, um dort die absolute Einhaltung der Verkehrsrue zu erzwingen. Er bittet, von diesem Vorhaben abzusehen, weil dadurch andere in ihren Grundrechten verletzt werden würden. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, daß diejenigen Verkehrsteilnehmer, die einem solchen Aufruf Folge leisten, die für alle geltenden Straßenverkehrsvorschriften nicht verletzen dürfen." - Die Verkehrsrue fand am Sonnabendnachmittag an mehreren Kreuzungen des Kurfürstendamms statt. Die Polizei versuchte mit schwachen Kräften, sie zuerst am Olivaer Platz vergeblich zu verhindern; am Kranzler-Eck wurde die Blockade dann mit massiertem Polizeieinsatz mittels Gummiknüppeln und Wasserwerfern zerschlagen.

KARSAMSTAG, MEINEKESTRASSE

Nachdem Demonstranten am Olivaer Platz für fünf Minuten den Verkehr blockiert hatten und über Nebenstraßen des Kurfürstendamms schließlich auf den Boulevard zurückgeschwenkt waren mit dem Ziel, am Europa-Center mit der Bevölkerung zu diskutieren, standen sie an der Kreuzung Joachimstaler Straße einer geschlossenen Polizeiphalanx mit Wasserwerfern gegenüber. Die Demonstranten wichen in die Meinekestraße aus und

gerieten in eine vorbereitete Falle: Die Meinekestraße war zur Lietzenburger Straße hin von starken Polizeikräften gesperrt, der zur Joachimstaler Straße durchgehende Parkplatz ebenfalls abgeriegelt. Die ersten Demonstranten erkannten, daß sie in einem Kessel steckten und hoben die Hände zum Zeichen ihrer Gewaltlosigkeit. Über ein mitgeführtes Megaphon wurde in ständiger Wiederholung erklärt, daß man lediglich mit der Bevölkerung diskutieren wolle und keine Konfrontation mit der Polizei suche. Dennoch gingen die Beamten aus Richtung Lietzenburger Straße ohne jeden ersichtlichen Anlaß gegen die passiv abwartenden Demonstranten und Passanten vor. Sie knüppelten die Leute wie Vieh vor sich her, ihren Kollegen auf der anderen Seite des Kessels in die Schlagstöcke hinein. Zwei Mädchen und ein junger Mann sanken, am Kopf getroffen, zusammen und blieben liegen. Andere, die sich helfend zu ihnen bückten, wurden ebenfalls sofort auf Kopf und Schultern geschlagen. Pressevertreter, die sich mit hochgehaltenen Ausweisen um die besinnungslosen Opfer kümmern wollten, wurden mitverprügelt. Der Einsatzleiter ging seinen Leuten mit Kampfessschreien voran. Er knüppelte ebenso blindwütig in die Menge wie viele seiner Untergebenen. Mehrere Pressevertreter verlangten und erhielten nach einigen Schmähungen seine Dienstnummer (71 142). Derselbe Einsatzleiter tat sich auch bei der Verhaftung des Diplom-Volkswirts Dr. Huffschmid hervor, der ohne Grund aus der Menge herausgerissen wurde, von mehreren Polizisten an den Haaren geschleift, getreten und geschlagen wurde. Als drei Beamte den wehrlosen FU-Mitarbeiter zum Polizeiwagen führten, schlug der Einsatzleiter noch einmal von hinten mit dem Knüppel auf ihn ein. Bei einer anderen Verhaftung stachelte er seine Beamten an: "Immer druff, nicht zimperlich sein!" Als einer der nicht zimperlichen Beamten einem Journalisten seine Dienstnummer verweigerte, ihn stattdessen an seinen Einsatzleiter verwies, ordnete der an, den Reporter sofort zu verhaften: "Jetzt reicht es mir mit diesen Kerlen." Auf die Frage des Reporters, weshalb er festgenommen werden sollte, antwortete der Einsatzleiter: "Wir finden schon was, verlassen Sie sich darauf." Der Journalist wurde durch die Polizeiketten hin- und hergestoßen, bis einer der Beamten, die ihn festnehmen sollten, sagte: "Haun Se ab. Unser Einsatzleiter spielt mal wieder verrückt." Weit über hundert Demonstranten waren inzwischen vor dem Restaurant Hardtke eingekreist worden. Über den Polizeilautsprecher wurden sie "zum letzten Male" aufgefordert, die Straße in Richtung Lietzenburger Straße zu räumen. Als Journalisten sich am Lautsprecherwagen erkundigten, wie die Leute weggehen sollten, sagte der Beamte: "Na, dann nehmen wir sie eben alle fest." Das geschah dann auch, teilweise wieder mit Knüppelinsatz, obwohl die eingekreisten die Hände erhoben hatten. - Als bei einer anschließenden "Säuberungsaktion" auf dem Kurfürstendamm junge Leute, darunter viele Osterbesucher der Stadt, mit Knüppeln gejagt wurden, klatschten zahlreiche ältere Frauen auf den Terrassen der Kurfürstendamm-Cafés begeistert Beifall.

OSTERSONNTAGNACHMITTAG, KURFÜRSTENDAMM

Ein Demonstrationzug von rund 10 000 Menschen näherte sich vom Wittenbergplatz her der Zoo-Kreuzung. Zusammen mit Freunden hielt der Historiker Barth ein rasch zusammengezimmertes großes Holzkreuz gegen die Wasserwerfer der Polizei, die den Zug auflösen wollten. Er wurde nahezu eine Viertelstunde aus vier Metern Entfernung mit einem Wasserstrahl "beschossen". Er mußte mit einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus gebracht werden. - Um 16.50 Uhr wurde zwischen Fasanen- und Uhlandstraße ein 30jähriger Mann, der hinter die Polizeikette geriet, festgenommen. Zeugen, die in ein Wettbüro flüchteten, sahen, wie der Mann, der sich nicht wehrte, auf den Mannschaftswagen B 3745 zugeführt, hinaufgestoßen und dort von drei Beamten geschlagen wurde. Kommentare einiger Westberliner im Wettbüro: "Jetzt werden sie hart, wird ja auch Zeit" und "Jetzt kriegt er's". - EXTRA-Dienst-Redakteur Hannes Schwenger geriet in Höhe des Drugstore vor die Polizeikette. Er hob seinen Presseausweis hoch, um aus dem Bereich der polizeilichen Gewaltmaßnahmen zu kommen. Zwei Beamte warfen ihn zu Boden und bearbeiteten ihn mit dem Gummiknüppel. Er versuchte, die Dienstnummern zu bekommen, wurde aber weggestoßen und von einem Offizier beschieden: "Mach daß Du wegst kommst".

gerieten in eine vorbereitete Falle: Die Meinekestraße war zur Lietzenburger Straße hin von starken Polizeikräften gesperret, der zur Joachimstaler Straße durchgehende Parkplatz ebenfalls abgeriegelt. Die ersten Demonstranten erkannten, daß sie in einem Kessel steckten und hoben die Hände zum Zeichen ihrer Gewaltlosigkeit. Über ein mitgeführtes Megaphon wurde in ständiger Wiederholung erklärt, daß man lediglich mit der Bevölkerung diskutieren wolle und keine Konfrontation mit der Polizei suche. Dennoch gingen die Beamten aus Richtung Lietzenburger Straße ohne jeden ersichtlichen Anlaß gegen die passiv abwartenden Demonstranten und Passanten vor. Sie knüppelten die Leute wie Vieh vor sich her, ihren Kollegen auf der anderen Seite des Kessels in die Schlagstöcke hinein. Zwei Mädchen und ein junger Mann sanken, am Kopf getroffen, zusammen und blieben liegen. Andere, die sich helfend zu ihnen bückten, wurden ebenfalls sofort auf Kopf und Schultern geschlagen. Pressevertreter, die sich mit hochgehaltenen Ausweisen um die besinnungslosen Opfer kümmern wollten, wurden mitverprügelt. Der Einsatzleiter ging seinen Leuten mit Kampfessschreien voran. Er knüppelte ebenso blindwütig in die Menge wie viele seiner Untergebenen. Mehrere Pressevertreter verlangten und erhielten nach einigen Schmähungen seine Dienstnummer (71 142). Derselbe Einsatzleiter tat sich auch bei der Verhaftung des Diplom-Volkswirts Dr. Huffs Schmid hervor, der ohne Grund aus der Menge herausgerissen wurde, von mehreren Polizisten an den Haaren geschleift, getreten und geschlagen wurde. Als drei Beamte den wehrlosen FU-Mitarbeiter zum Polizeiwagen führten, schlug der Einsatzleiter noch einmal von hinten mit dem Knüppel auf ihn ein. Bei einer anderen Verhaftung stachelte er seine Beamten an: "Immer druff, nicht zimperlich sein!" Als einer der nicht zimperlichen Beamten einem Journalisten seine Dienstnummer verweigerte, ihn stattdessen an seinen Einsatzleiter verwies, ordnete der an, den Reporter sofort zu verhaften: "Jetzt reicht es mir mit diesen Kerlen." Auf die Frage des Reporters, weshalb er festgenommen werden sollte, antwortete der Einsatzleiter: "Wir finden schon was, verlassen Sie sich darauf." Der Journalist wurde durch die Polizeiketten hin- und hergestoßen, bis einer der Beamten, die ihn festnehmen sollten, sagte: "Haun Se ab. Unser Einsatzleiter spielt mal wieder verrückt." Weit über hundert Demonstranten waren inzwischen vor dem Restaurant Hardtke eingekreist worden. Über den Polizeilautsprecher wurden sie "zum letzten Male" aufgefordert, die Straße in Richtung Lietzenburger Straße zu räumen. Als Journalisten sich am Lautsprecherwagen erkundigten, wie die Leute weggehen sollten, sagte der Beamte: "Na, dann nehmen wir sie eben alle fest." Das geschah dann auch, teilweise wieder mit Knüppelinsatz, obwohl die Eingekreisten die Hände erhoben hatten. - Als bei einer anschließenden "Säuberungsaktion" auf dem Kurfürstendamm junge Leute, darunter viele Osterbesucher der Stadt, mit Knüppeln gejagt wurden, klatschten zahlreiche ältere Frauen auf den Terrassen der Kurfürstendamm-Cafés begeistert Beifall.

OSTERSONNTAGNACHMITTAG, KURFÜRSTENDAMM

Ein Demonstrationszug von rund 10 000 Menschen näherte sich vom Wittenbergplatz her der Zoo-Kreuzung. Zusammen mit Freunden hielt der Historiker Barth ein rasch zusammengezimmertes großes Holzkreuz gegen die Wasserwerfer der Polizei, die den Zug auflösen wollten. Er wurde nahezu eine Viertelstunde aus vier Metern Entfernung mit einem Wasserstrahl "beschossen". Er mußte mit einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus gebracht werden. - Um 16.50 Uhr wurde zwischen Fasanen- und Uhlandstraße ein 30-jähriger Mann, der hinter die Polizeikette geriet, festgenommen. Zeugen, die in ein Wettbüro flüchteten, sahen, wie der Mann, der sich nicht wehrte, auf den Mannschaftswagen B 3745 zugeführt, hinaufgestoßen und dort von drei Beamten geschlagen wurde. Kommentare einiger Westberliner im Wettbüro: "Jetzt werden sie hart, wird ja auch Zeit" und "Jetzt kriegt er's". - EXTRA-Dienst-Redakteur Hannes Schwenger geriet in Höhe des Drugstore vor die Polizeikette. Er hob seinen Presseausweis hoch, um aus dem Bereich der polizeilichen Gewaltmaßnahmen zu kommen. Zwei Beamte warfen ihn zu Boden und bearbeiteten ihn mit dem Gummiknüppel. Er versuchte, die Dienstnummern zu bekommen, wurde aber weggestoßen und von einem Offizier beschieden: "Mach daß Du wegstommst".

OSTERSONNTAGNACHT, FRIESENSTRASSE

Gegen 11 Uhr abends brachen aus der Technischen Universität drei Gruppen mit etwa hundert PKWs auf, um die Gefangenen abzuholen, die um diese Zeit entlassen werden sollten. Vorher war bekannt geworden, daß die Polizei beabsichtige, die Gefangenen in Dreiergruppen an entlegenen Plätzen der Stadt abzusetzen. Kurz nach halb zwölf Uhr kehrten die ersten Fahrer zurück und gaben folgenden Bericht: Vor allen drei Haftanstalten (Spandau, Pankstraße, Friesenstraße) hatte die Polizei sofort nach deren Eintreffen die Abholer überfallen und zum Teil ohne Vorwarnung geschlagen und festgehalten. In Spandau wurde auf Befehl des Einsatzleiters (Dienstnummer 76 472) angedroht, die Wagen der Abholer umzustürzen. Die schwerwiegendsten Zwischenfälle ereigneten sich an der Friesenstraße. Erste Augenzeugenberichte, die noch in der Nacht in der TU zusammengestellt wurden, besagen: Etwa 80 Menschen hatten sich vor dem Hauptportal und der gegenüberliegenden Straßenseite eingefunden. Eine rote Fahne wurde mitgeführt, es gab weder Sprechchöre noch Tätlichkeiten. Am Straßenrand wurde diskutiert. Nach etwa einer Viertelstunde wurde die Friesenstraße durch ein starkes Polizeiaufgebot auf beiden Seiten abgeriegelt. Vier Mannschaftswagen der Polizei fuhren durch die Absperrung. Mit gezogenen Knüppeln sprang die Besatzung (etwa 120 Mann) heraus und begann ohne Vorwarnung Jagd auf die Herumstehenden zu machen. Einige versuchten, sich in die Nebenstraßen zu flüchten, andere in ihre Wagen, wieder andere in ein nahegelegenes Lokal. Vor den Augen der Gäste wurden die letzten von ihnen gefaßt und geprügelt. Einzelne, die zu ihren Wagen rannten, wurden von je 3 - 4 Polizisten gestellt und geschlagen. Andere, die sich bereits in ihre Wagen geflüchtet hatten, wurden herausgerissen und verprügelt. Ein Wagendach wurde eingeschlagen, zahlreiche Dächer durch Schläge mit Gummiknüppeln beschädigt, zwei Scheiben eingeschlagen. Reporter Maurach vom "stern" wurde verhaftet und abgeführt. Ein Kameraassistent wurde, nachdem er geschlagen und verhaftet worden war, auf dem Weg zum Hauptportal nochmals geprügelt. Anschließend wurde das dafür verantwortliche Polizeikommando abgezogen und durch ein neues ersetzt, das die Verfolgung der entkommenen Wagen aufnahm, deren Insassen sich inzwischen auf dem Columbiadamm getroffen hatten und berieten. Auch hier wurde wieder geschlagen, z. T. durch offene Wagenfenster in die Wagen; einem Zeugen wurde durch Beamte ein Fuß in der Tür abgeklemmt und von draußen mit Knüppeln geschlagen. Eine Zeugin berichtete, daß ihrem Mann drei Zähne ausgeschlagen wurden und einem anderen ein Bein in der Wagentür abgequetscht wurde. - Wie dem Polizeifunk zu entnehmen war, waren der Polizei von Spitzeln in der TU falsche Angaben gemacht worden: Es sei eine Gefangenenbefreiung geplant.

EXTRA-DOKUMENTATION

VIER FORDERUNGEN AN DEN SENAT

Am Karfreitagnachmittag beschlossen die Verbände der Außerparlamentarischen Opposition vier Forderungen an den Senat von Westberlin. Sie sollten dem Senat auf einer Kundgebung am Rathaus Schöneberg bekannt gemacht werden. Während der Sprecher der Opposition, Dr. Ekkehart Krippendorff, den Text der Resolution verlas, gab die Polizeiführung den Befehl zum Räumen des Platzes mit Wasserwerfern und Gummiknüppeln. Krippendorff konnte nicht zu Ende sprechen. Nachstehend der Text der Resolution im Wortlaut:

Ausgehend davon,

daß der Mordanschlag auf Rudi Dutschke nicht die Wahnsinnstat eines Einzelnen ist, daß die Springerpresse mit ihrer systematischen Hetze gegen die linke Opposition erst das Klima geschaffen hat, in dem ein Einzelner diese Tat planen und durchführen konnte, daß die übrigen Tageszeitungen Westberlins, die Rundfunk- und Fernsehanstalten durch ihre Falschmeldungen nicht nur über die außerparlamentarische Bewegung und deren Ziele, sondern auch über andere politische Probleme die Hetzkampagnen der Springerpresse möglich gemacht haben,

daß der Westberliner Senat, das Abgeordnetenhaus, die Westberliner Partei- und Gewerk-

schaftsspitzen durch ihre Lügen die Wirtschaftsmisere dieser Stadt zu verschleiern suchen und sich zu Handlangern der Manipulationszentren machen, fordern wir:

1. Rücktritt des Senats und Bildung eines neuen Senats, der mit uns zusammen erste Schritte unternimmt, in Westberlin demokratische Verhältnisse zu schaffen.
2. Unverzügliche Enteignung Springers und Schaffung eines Rates aus Arbeitern, Angestellten, Studenten und Schülern, der Pläne dafür ausarbeitet, wie die Produktionsmittel dieses Konzerns in den Dienst einer demokratischen Öffentlichkeit gestellt werden können.
3. Dieser Rat hat ebenfalls Pläne zur Demokratisierung der Rundfunkanstalten zu erarbeiten. Für den RIAS fordern wir die sofortige Ablösung der amerikanischen Kontrolle durch ein gewähltes und jederzeit abwählbares Kontrollorgan; in den SFB sind sofort Vertreter der außerparlamentarischen Opposition in die Aufsichtsgremien hineinzuwählen unter der Bedingung, daß diese Gremien öffentlich tagen.
4. Für die Zeit bis zum 1. Mai fordern wir täglich eine Stunde Sendezeit, um mit der arbeitenden Bevölkerung dieser Stadt über die wirtschaftliche und politische Lage Westberlins und Möglichkeiten ihrer Veränderung diskutieren zu können. Damit soll gewährleistet werden, daß die Bevölkerung entscheiden kann, ob ihre Teilnahme an der sogenannten Freiheitskundgebung auf dem Platz der Republik oder an einer sozialistischen Maidemonstration ihren wahren Interessen entspricht.

TAGESSPIEGEL: VORWÜRFE GEGEN SPRINGER-KONZERN UND SCHÜTZ-SENAT

Der bisher schärfste Angriff gegen den Springer-Konzern und den Schütz-Senat, den eine Westberliner Zeitung veröffentlichte, stand in der Sonntagsausgabe des "Tagesspiegel". EXTRA-Dienst dokumentiert den unter dem Titel "Bestehen wir die Probe" laufenden redaktionellen Kommentar im Faksimile:

Tsp. Die Stunde scheint gekommen, da das Wirtschaftswunderland, dieser trotz Wiedervereinigungsparolen saturierte Wohlfahrtsstaat, in dem es sich prächtig leben und auch demonstrieren läßt, diese gutbürgerliche Gesellschaft mit dem neuralgischen Außenposten Berlin die große innenpolitische Bewährungsprobe zu bestehen hat. Aus dem Wetterleuchten des 2. Juni und dem Gewölk politischer Unzufriedenheit vieler zuckte der Blitz eines Mordanschlags. Unwetter der Gewalt gehen über deutschen Städten nieder. Und es erhebt sich die bange Frage, ob wir diese Probe bestehen oder ob erneut deutsche Bereitschaft zum kompromißlosen politischen Hassen die junge demokratische Gewöhnung an Toleranz und Freiheit des Andersdenkenden durchbricht.

Ein zugereister primitiver Fanatiker, der Hitler-Bilder malt, hat den an sich und seiner Zeit leidenden Verkünder einer unpräzise formulierten, perfektionistisch gemeinten Volksherrschaft niedergeschossen. Eine Einzeltat, gewiß. Aber sind nicht in Berlin Gewalttaten gegen anders Aussehende vor dem Rathaus im Februar als bedauerliche, aber verständliche Randerscheinungen bagatellisiert worden? Hat unser Regierender Bürgermeister nicht seinen Parteifreunden zugerufen: „Seht euch diese Typen an“ und damit ein Schmähbild an die Wand gemalt, das der Wirklichkeit junger Rebellion nicht gerecht wird, an frühere Diffamierungsklischees erinnert und die äußerste Linke in ihrer Solidarisierung bestätigt? Haben nicht Zeitungen des Springer-Konzerns solch undemokratische Typisierungen plakatiert? Auch dies muß gesagt werden, obgleich unsere Zeitung sich aus Gründen fairer Konkurrenz prinzipiell zu Zurückhaltung genötigt sieht. Daß die politische eingesetzte Konzentrierung publizistischer Macht ein demokratisches Übel ist, wird nicht nur von Extremisten behauptet. An solchen Tatsachen entzündet sich die geistige Revolte gegen das Establishment, die nach einer Gewalttat in Gewalt umschlägt. Erklärt dies manches, so rechtfertigt es natürlich keine kriminellen Handlungen. Die extreme Linke steht auch am Scheidewege.

Mit dem Sengen und Demolieren der ver-

gangenen Tage, nicht mit den mehr oder weniger hart verlaufenen Demonstrationen, hat die außerparlamentarische Opposition bereits, gewollt oder ungewollt, eine große Gelegenheit vertan, die Bestürzung über den Mordanschlag in eine größere Verständigungsbereitschaft „umzufunktionieren“, wie die Studenten sich ausdrücken. Hier wurde eine Gasse für die radikale Vernunft durch den Wall der Konventionen sogleich verschüttet.

Allerdings sieht die Vernunft sich nicht nur von den Alles-oder-nichts-Apologeten im Stich gelassen. Der Bundestagspräsident äußerte über scharfe Kritiker der Regierungen nahezu gleich viel Empörung wie über den Anschlag auf Dutschke. Schütz äußerte, diejenigen, die ihn beschimpften, disqualifizierten sich selbst. Bei Straßenschlachten wird nach Qualifikationen nicht mehr gefragt. Und unter die antiparlamentarischen Revoluzzer mischen sich viele, die nicht wissen, was sie eigentlich wollen, aber aufbegehren, weil Blut geflossen ist, das Blut eines Linken. Was für Typen? Vielfach helle gute Köpfe.

Schon hört man von Rangeleien innerhalb der politischen und polizeilichen Führung. Ein Springer-Blatt, sagt bereits publizistisch am Stuhl des Polizeipräsidenten. Will man jetzt in Berlin „Falken“ und „Tauben“ sortieren oder gar alte Rechnungen begleichen, wo draußen Leute anrennen, die sich sinnloserweise wie amerikanische Neger vorkommen und „black power“ predigen? Wo blieb die Aufforderung der jüngst kundgebungsfreudigen Regierung zu einer großen Protestversammlung der Vernunft gegen jede Gewalt? Das überließ man wieder einmal dem Kreis um Harry Ristock, den man aus der Partei werfen wollte, weil er sich nicht genügend von Provokationen distanziert hatte. „Macht einen neuen Anfang“ ist das Motto der „Auffang“-Kundgebung. Weiß Gott — darum geht es. Wasserwerfer können Brenner und Bekenner nur schwer auseinanderhalten. Wir werden die unentschuld bare Gewalt nur ersticken, wenn wir die geistige Unruhe auch als Bürgerpflicht erkennen und uns mit allen Opfern von Gewalttaten menschlich solidarisieren. Dann können wir uns politisch mit ihren Anhängern auseinandersetzen.

AL CAPONE...



DER MAKABERSTE WITZ DES JAHRES

"Eine sehr private Presse-Gangster-Party", "nur für geladene Gangster" mit "Spaß am Schuß" fand viereinhalb Stunden nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke im Beatlokal "Blow up" statt (siehe Einladung). Veranstalter: "Morgenpost"-Redakteur Michael T. Schreiber (verantwortlich für das Ressort "Club 2000"). Die Party fand trotz des Attentats im überfüllten Lokal statt. Für Unterhaltung sorgte die Beat-Kapelle "The Twangy Gang".

... LÄSST SCHÖN GRÜSSEN

In diesem Sinne erlauben sich die Unterwelt-Eleven „Kardinal“ Tassilo und „Champagner-Alexander“ eine sehr private Presse-Gangster-Party in entsprechendem Ganoven-Look zu geben. Wir bitten Sie am kommenden Gründonnerstag, von 21 Uhr an, in das für diese Nacht ergaunerte BLOW UP, Joachimsthaler Ecke Lietzenburger Str. Spaß am Schuß nur für geladene Gangster, eigener Sprit erwünscht.

Axel Benzmann

Michael T. Schreiber

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT: ()

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: